

GPA-djp-Frauen: Nein zur vorzeitigen Anhebung des Pensionsalters für Frauen

Utl.: Reformen auf dem Arbeitsmarkt notwendig, um Gleichstellung von Frauen und Männern zu erreichen

„Die Anhebung des Frauenpensionsalters ist bereits beschlossene Sache, im Jahr 2033 werden alle Frauen bis zur Erreichung ihres 65. Lebensjahres arbeiten müssen. Angesichts der Benachteiligung, die Frauen derzeit am Arbeitsmarkt erleben, lehnen wir eine vorzeitige Angleichung ihres Regelpensionsalters ab“, stellt die Frauenvorsitzende in der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp), Ilse Fetik, klar. Die Angleichung des Regelpensionsalters sei geplant in Erwartung einer künftigen Gleichstellung, „von dieser Gleichstellung sind wir aber weit entfernt“, so Fetik weiter. Dass die Frauenerwerbsquote von rund 42 Prozent im Jahr 1992 auf 69,3 Prozent im Vorjahr gestiegen sei, müsse mit Vorsicht und mit Einschränkungen bewertet werden, die Erwerbsquote gebe ohne Ergänzungen keinen Aufschluss. So arbeitet mit 43,8 Prozent fast jede zweite Frau Teilzeit, eine Vielzahl an Arbeitsstunden werde im nicht bezahlten privaten Bereich geleistet. „Armut ist immer noch weiblich“, erinnert GPA-djp Frauensekretärin Barbara Marx daran, dass Österreich in Europa mit einem Einkommensunterschied von bis zu 33 Prozent im Europa-Vergleich an vorletzter Stelle liegt. „Daraus resultiert auch der Einkommensunterschied im Alter: Die durchschnittliche Pensionshöhe von Frauen betrug im Vorjahr 786 Euro, für Männer waren es hingegen 1288 Euro“, so Marx weiter.

Mit einer vorzeitigen Erhöhung des Regelpensionsalters solle offensichtlich Ratingagenturen gegenüber Sicherheit suggeriert werden: „Die soziale Absicherung von Frauen ist aber kein Pfand, das den Verursachern der Finanz- und Wirtschaftskrise im Austausch gegen eine trügerische Sicherheit geboten werden darf“, verweisen Fetik und Marx darauf, dass das faktische Pensionsalter bei Frauen und Männern mit derzeit 58,9 Jahren beziehungsweise 57,5 Jahre nicht weit auseinander liegt. „Daran würde auch eine weitere vorzeitige Erhöhung des Regelpensionsalters nichts ändern. Um eine tatsächliche Anhebung zu erreichen, sind strukturelle und langfristig orientierte Änderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie entsprechende Rahmenbedingungen, wie beispielsweise ausreichende Kinderbetreuungsplätze, notwendig. Gerade die Altersdiskriminierung und die Wiedereingliederung von Personen mit gesundheitlichen und psychischen Problemen stellen große Probleme dar“, wird deswegen auch in einer Resolution der GPA-djp Frauen im Rahmen des heute und morgen stattfindenden Bundesvorstandes der GPA-djp gefordert. „Erst wenn Frauen und Männer wirklich gleichgestellt sind und wenn alle Anstrengungen dafür gebündelt werden, den Menschen mehr Arbeitsplätze und die nötigen Rahmenbedingungen dafür zu bieten, dass sie bis zum Erreichen ihres Pensionsalters arbeiten können, macht die Diskussion über die vorzeitige Anhebung des Pensionsalters für Frauen wieder Sinn“, so Fetik und Marx abschließend.

Rückfragen:

GPA-djp Öffentlichkeitsarbeit

Litsa Kalaitzis

Tel.: 05 0301-21553

Mobil: 05 0301-61553

E-Mail: litsa.kalaitzis@gpa-djp.at

<http://www.gpa-djp.at>